

**Übereinkommen**  
**über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens**  
**über die Erteilung europäischer Patente**

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

IN IHRER EIGENSCHAFT als Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen),

IN BEKRÄFTIGUNG ihres Bestrebens, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten auf dem Gebiet des Schutzes der Erfindungen zu verstärken,

GESTÜTZT AUF Artikel 65 des Europäischen Patentübereinkommens,

IN ANERKENNUNG der Bedeutung des Zieles, die im Zusammenhang mit der Übersetzung europäischer Patente entstehenden Kosten zu senken,

UNTER HINWEIS auf die Notwendigkeit, dieses Ziel umfassend zu verfolgen,

ENTSCHLOSSEN, wirksam zu einer solchen Kostensenkung beizutragen

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

**Artikel 1**

**Verzicht auf Übersetzungserfordernisse**

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse.

(2) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der keine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse, wenn das europäische Patent in der von diesem Staat vorgeschriebenen Amtssprache des Europäischen

Patentamts erteilt oder in diese Sprache übersetzt und nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht worden ist.

(3) Die in Absatz 2 genannten Staaten behalten das Recht zu verlangen, dass eine Übersetzung der Patentansprüche in eine ihrer Amtssprachen nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht wird.

(4) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, auf ein Übersetzungserfordernis ganz zu verzichten oder großzügigere Übersetzungserfordernisse festzulegen, als sie in den Absätzen 2 und 3 angeführt sind.

## Artikel 2

### Übersetzungen im Fall von Streitigkeiten

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, den Patentinhaber im Fall von Streitigkeiten über ein europäisches Patent zu verpflichten, auf eigene Kosten

- a) auf Antrag eines vermeintlichen Patentverletzers eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des Staates vorzulegen, in dem die vermeintliche Patentverletzung stattgefunden hat,
- b) auf Verlangen des zuständigen Gerichts oder einer gerichtsähnlichen Behörde im Rahmen eines Verfahrens eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des betreffenden Staates vorzulegen.

## Artikel 3

### Unterzeichnung - Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens bis zum 30. Juni 2001 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### **Artikel 4**

##### **Beitritt**

Dieses Übereinkommen steht nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist nach Artikel 3 Absatz 1 den Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens und den Staaten zum Beitritt offen, die zum Beitritt zu jenem Übereinkommen berechtigt sind. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### **Artikel 5**

##### **Ausschluss von Vorbehalten**

Kein Vertragsstaat kann Vorbehalte zu diesem Übereinkommen machen.

#### **Artikel 6**

##### **Inkrafttreten**

- (1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von acht Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens einschließlich der drei Staaten, in denen 1999 die meisten europäischen Patente wirksam wurden, in Kraft.
- (2) Jede Ratifikation oder jeder Beitritt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird am ersten Tag des vierten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde wirksam.

#### **Artikel 7**

##### **Geltungsdauer des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

#### **Artikel 8**

##### **Kündigung**

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann es jederzeit kündigen, nachdem es drei Jahre in Kraft war. Die Kündigung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

notifiziert. Sie wird ein Jahr nach dem Tag der Notifikation wirksam. Vor dem Wirksamwerden der Kündigung erworbene Rechte werden davon nicht berührt.

#### Artikel 9 Anwendungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für europäische Patente, für die der Hinweis auf die Erteilung nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden ist.

#### Artikel 10 Sprachen des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### Artikel 11 Übermittlungen und Notifikationen

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt beglaubigte Abschriften des Übereinkommens her und übermittelt sie den Regierungen aller anderen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert den in Absatz 1 genannten Regierungen

- a) jede Unterzeichnung,
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde,
- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens,
- d) jede Kündigung nach Artikel 8 und den Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lässt dieses Übereinkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu ernannten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben.

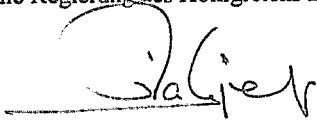
Geschehen zu London am 17. Oktober 2000 in einer Urschrift in deutscher, englischer, und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Für die Regierung des Königreichs Belgien:

Für die Regierung der Republik Zypern:

Für die Regierung des Königreichs Dänemark:

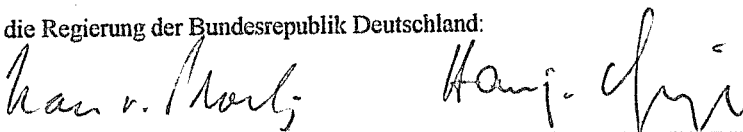


Für die Regierung der Republik Finnland:

Für die Regierung der Französischen Republik:

Berlin, le 29 Juin 2001  
M. G. P. R. S.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung der Griechischen Republik:

Für die Regierung Irlands:


Für die Regierung der Italienischen Republik:

Für die Regierung des Fürstentums Liechtenstein:



Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:

Brüssel, den 20. III - 2001



Für die Regierung des Fürstentums Monaco:



Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:

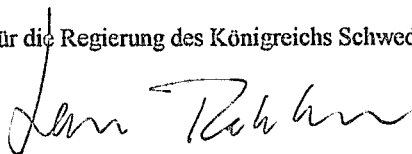


Für die Regierung des Königreichs Norwegens:

Für die Regierung der Portugiesischen Republik:

Für die Regierung des Königreichs Spanien:

Für die Regierung des Königreichs Schweden:

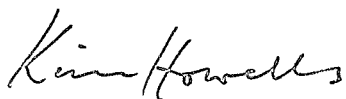
A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Jan Rikman".

Für die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Dumortier".

Für die Regierung der Republik Türkei:

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien  
und Nordirland:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Kim Howells".

**Agreement**  
**on the application of Article 65 of the Convention on**  
**the Grant of European Patents**

The States parties to this Agreement,

IN THEIR CAPACITY as Contracting States to the Convention on the Grant of European Patents (European Patent Convention) of 5 October 1973,

REAFFIRMING their desire to strengthen co-operation between the States of Europe in respect of the protection of inventions,

HAVING REGARD to Article 65 of the European Patent Convention,

RECOGNISING the importance of the objective to reduce the costs relating to the translation of European patents,

STRESSING the need for widespread adherence to that objective,

DETERMINED to contribute effectively to such cost reduction,

HAVE AGREED ON THE FOLLOWING PROVISIONS:

**Article 1**

**Dispensation with translation requirements**

(1) Any State party to this Agreement having an official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(2) Any State party to this Agreement having no official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention, if the European patent has been granted in the official language of the European Patent Office



prescribed by that State, or translated into that language and supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(3) The States referred to in paragraph 2 shall continue to have the right to require that a translation of the claims into one of their official languages be supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(4) Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to dispense with any translation requirement or to apply more liberal translation requirements than those referred to in paragraphs 2 and 3.

#### **Article 2**

##### **Translations in case of dispute**

Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to prescribe that, in the case of a dispute relating to a European patent, the patent proprietor, at his own expense,

- (a) shall supply, at the request of an alleged infringer, a full translation into an official language of the State in which the alleged infringement took place,
- (b) shall supply, at the request of the competent court or quasi judicial authority in the course of legal proceedings, a full translation into an official language of the State concerned.

#### **Article 3**

##### **Signature - Ratification**

(1) This Agreement shall be open for signature by any Contracting State to the European Patent Convention until 30 June 2001.

(2) This Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

**Article 4**  
**Accession**

This Agreement shall, on expiry of the term for signature mentioned in Article 3, paragraph 1, be open to accession by any Contracting State to the European Patent Convention and any State which is entitled to accede to that Convention. Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

**Article 5**  
**Prohibition of reservations**

No State party to this Agreement may make reservations thereto.

**Article 6**  
**Entry into force**

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the fourth month after the deposit of the last instrument of ratification or accession by eight Contracting States to the European Patent Convention, including the three States in which the most European patents took effect in 1999.

(2) Any ratification or accession after the entry into force of this Agreement shall take effect on the first day of the fourth month after the deposit of the instrument of ratification or accession.

**Article 7**  
**Duration of the Agreement**

This Agreement shall be concluded for an unlimited duration.

**Article 8**  
**Denunciation**

Any State party to this Agreement may denounce it at any time, once it has been in force for three years. Notification of denunciation shall be given to the Government of the Federal Republic of Germany. The denunciation shall take effect one year after the date of

receipt of such notification. No rights acquired pursuant to this Agreement before the denunciation took effect shall thereby be impaired.

#### Article 9

##### Scope

This Agreement shall apply to European patents in respect of which the mention of grant was published in the European Patent Bulletin after the Agreement entered into force for the State concerned.

#### Article 10

##### Languages of the Agreement

This Agreement, drawn up in a single original in the English, French and German languages shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, the three texts being equally authentic

#### Article 11

##### Transmissions and notifications

- (1) The Government of the Federal Republic of Germany shall draw up certified true copies of this Agreement and shall transmit them to the Governments of all signatory or acceding States.
- (2) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify to the Governments of the States referred to in paragraph 1:
  - (a) any signature;
  - (b) the deposit of any instrument of ratification or accession;
  - (c) the date of entry into force of this Agreement;
  - (d) any denunciation received pursuant to Article 8 and the date on which it will take effect.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries authorised thereto, having presented their Full Powers, found to be in good and due form, have signed this Agreement.

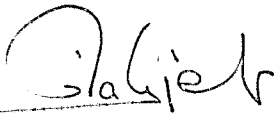
Done at London on 17 October 2000, in one original, in English, French and German, each text being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

For the Government of the Kingdom of Belgium:

For the Government of the Republic of Cyprus:

For the Government of the Kingdom of Denmark:



For the Government of the Republic of Finland:

For the Government of the French Republic:

Berlin, 29 June 2001  
AM W. P. R. O. S.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

*Hans v. Moltke*      *Hans Eberhard*

For the Government of the Hellenic Republic:

For the Government of Ireland:

For the Government of the Italian Republic:

For the Government of the Principality of Liechtenstein:

*Christoph*

For the Government of the Grand Duchy of Luxembourg:

*München, den 20. III. 2001*

*Prinzen fürstlichen*

For the Government of the Principality of Monaco:

*Beauchamp*

For the Government of the Kingdom of the Netherlands:

*[Signature]*

For the Government of the Kingdom of Norway:

For the Government of the Portuguese Republic:

For the Government of the Kingdom of Spain:

For the Government of the Kingdom of Sweden:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Jan Rikman".

For the Government of the Swiss Confederation:

A handwritten signature in cursive script, which is highly stylized and difficult to decipher.

For the Government of the Republic of Turkey:

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Kim Howells".

**Accord**  
**sur l'application de l'article 65 de la**  
**Convention sur la délivrance de brevets européens**

Les Etats parties au présent accord,

EN LEUR QUALITE d'Etats parties à la Convention sur la délivrance de brevets européens  
(Convention sur le brevet européen) du 5 octobre 1973 ;

REAFFIRMANT leur désir de renforcer la coopération entre les Etats européens dans le  
domaine de la protection des inventions ;

VU l'article 65 de la Convention sur le brevet européen ;

RECONNAISSANT l'importance de l'objectif visant à réduire les coûts liés à la traduction des  
brevets européens ;

SOULIGNANT la nécessité d'une large adhésion à cet objectif ;

DETERMINEES à contribuer efficacement à une telle réduction des coûts ;

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES :

**Article premier**

**Renonciation aux exigences en matière de traduction**

(1) Tout Etat partie au présent accord ayant une langue officielle en commun avec une des  
langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de  
traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(2) Tout Etat partie au présent accord n'ayant aucune langue officielle en commun avec une  
des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de  
traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen, si le  
brevet européen a été délivré dans la langue officielle de l'Office européen des brevets prescrite  
par cet Etat, ou traduit dans cette langue et fourni dans les conditions prévues à l'article 65,  
paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(3) Les Etats visés au paragraphe 2 conservent le droit d'exiger qu'une traduction des revendications dans une de leurs langues officielles soit fournie dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(4) Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de renoncer à toute exigence en matière de traduction ou d'appliquer en matière de traduction des règles moins contraignantes que celles visées aux paragraphes 2 et 3.

#### **Article 2**

#### **Traductions en cas de litige**

Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de prescrire que, en cas de litige relatif à un brevet européen, le titulaire du brevet fournit, à ses frais,

- a) à la demande du prétendu contrefacteur, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat où la contrefaçon alléguée du brevet a eu lieu,
- b) à la demande de la juridiction compétente ou d'une autorité quasi-juridictionnelle dans le cadre d'une procédure, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat concerné.

#### **Article 3**

#### **Signature - Ratification**

(1) Le présent accord est ouvert jusqu'au 30 juin 2001 à la signature de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen.

(2) Le présent accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

#### **Article 4**

#### **Adhésion**

Après l'expiration du délai de signature mentionné à l'article 3, paragraphe 1, le présent accord est ouvert à l'adhésion de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen et de



tout Etat habilité à adhérer à ladite Convention. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

**Article 5**  
**Interdiction des réserves**

Aucun Etat partie au présent accord ne peut faire de réserves à son égard.

**Article 6**  
**Entrée en vigueur**

(1) Le présent accord entre en vigueur le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt du dernier des instruments de ratification ou d'adhésion de huit Etats parties à la Convention sur le brevet européen, dont les trois Etats dans lesquels le plus grand nombre de brevets européens a pris effet en 1999.

(2) Toute ratification ou adhésion postérieure à l'entrée en vigueur du présent accord prend effet le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

**Article 7**  
**Durée de l'accord**

Le présent accord est conclu sans limitation de durée.

**Article 8**  
**Dénonciation**

Tout Etat partie au présent accord peut à tout moment le dénoncer, dès lors que ce dernier a été en vigueur pendant trois ans. La dénonciation est notifiée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Elle prend effet à l'expiration du délai d'une année à compter de la date de réception de cette notification. En ce cas, il n'est pas porté atteinte aux droits acquis antérieurement à la prise d'effet de cette dénonciation.

**Article 9**  
**Champ d'application**

Le présent accord s'applique aux brevets européens pour lesquels la mention de la délivrance a été publiée dans le Bulletin européen des brevets, après que l'accord est entré en vigueur pour l'Etat concerné.

**Article 10**  
**Langues de l'accord**

Le présent accord est rédigé en un exemplaire en langues allemande, anglaise et française, qui est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les trois textes faisant également foi.

**Article 11**  
**Transmissions et notifications**

- (1) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne établit des copies certifiées conformes du présent accord et les transmet aux gouvernements des Etats signataires ou adhérents.
- (2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie aux gouvernements des Etats visés au paragraphe 1 :
  - a) les signatures ;
  - b) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion ;
  - c) la date d'entrée en vigueur du présent accord ;
  - d) toute dénonciation reçue en application de l'article 8 et la date à laquelle celle-ci prend effet.
- (3) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer le présent accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires désignés à cette fin, après avoir présenté leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord.

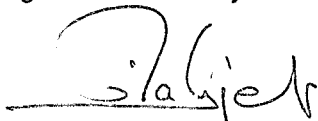
Fait à Londres le dix-sept octobre deux mille en un exemplaire original, en allemand, anglais, et français, tous les textes faisant également foi.

Pour le gouvernement de la République d'Autriche:

Pour le gouvernement du Royaume de Belgique:

Pour le gouvernement de la République de Chypre

Pour le gouvernement du Royaume de Danemark:

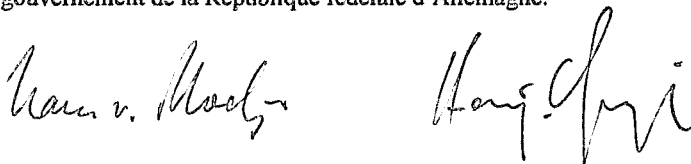


Pour le gouvernement de la République de Finlande:

Pour le gouvernement de la République française:

Berlin, le 29 Juin 2001  
M. CARRO

Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:



Pour le gouvernement de la République hellénique:

Pour le gouvernement d'Irlande:

Pour le gouvernement de la République italienne:

Pour le gouvernement de la Principauté de Liechtenstein:

Pour le gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:

München, le 20.11.2001

Pour le gouvernement de la Principauté de Monaco:

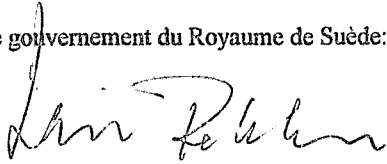
Pour le gouvernement du Royaume des Pays-Bas:

Pour le gouvernement du Royaume de Norvège:

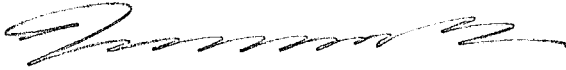
Pour le gouvernement de la République portugaise:

Pour le gouvernement du Royaume d'Espagne:

Pour le gouvernement du Royaume de Suède:

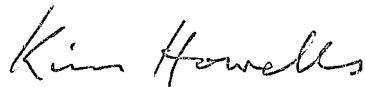


Pour le gouvernement de la Confédération suisse:



Pour le gouvernement de la République turque:

Pour le gouvernement du Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord:



**Übereinkommen  
über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens  
über die Erteilung europäischer Patente**

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

IN IHRER EIGENSCHAFT als Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973  
über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen),

IN BEKRÄFTIGUNG ihres Bestrebens, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen  
Staaten auf dem Gebiet des Schutzes der Erfindungen zu verstärken,

GESTÜTZT AUF Artikel 65 des Europäischen Patentübereinkommens,

IN ANERKENNUNG der Bedeutung des Zieles, die im Zusammenhang mit der Übersetzung  
europäischer Patente entstehenden Kosten zu senken,

UNTER HINWEIS auf die Notwendigkeit, dieses Ziel umfassend zu verfolgen,

ENTSCHLOSSEN, wirksam zu einer solchen Kostensenkung beizutragen

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

**Artikel 1**

**Verzicht auf Übersetzungserfordernisse**

- (1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse
- (2) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der keine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse, wenn das europäische Patent in der von diesem Staat vorgeschriebenen Amtssprache des Europäischen

Patentamt erteilt oder in diese Sprache übersetzt und nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht worden ist.

(3) Die in Absatz 2 genannten Staaten behalten das Recht zu verlangen, dass eine Übersetzung der Patentansprüche in eine ihrer Amtssprachen nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht wird.

(4) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, auf ein Übersetzungserfordernis ganz zu verzichten oder großzügigere Übersetzungserfordernisse festzulegen, als sie in den Absätzen 1 und 3 angeführt sind.

#### Artikel 2

##### Übersetzungen im Fall von Streitigkeiten

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, den Patentinhaber im Fall von Streitigkeiten über ein europäisches Patent zu verpflichten, auf eigene Kosten

- a) auf Antrag eines vermeintlichen Patentverletzers eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des Staates vorzulegen, in dem die vermeintliche Patentverletzung stattgefunden hat,
- b) auf Verlangen des zuständigen Gerichts oder einer gerichtsähnlichen Behörde im Rahmen eines Verfahrens eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des betreffenden Staates vorzulegen.

#### Artikel 3

##### Unterzeichnung - Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens bis zum 30. Juni 2001 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### Artikel 4

##### Beitritt

Dieses Übereinkommen steht nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist nach Artikel 3 Absatz 1 den Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens und den Staaten zum Beitritt offen, die zum Beitritt zu jenem Übereinkommen berechtigt sind. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### Artikel 5

##### Ausschluss von Vorbehalten

Kein Vertragsstaat kann Vorbehalte zu diesem Übereinkommen machen.

#### Artikel 6

##### Inkrafttreten

- (1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von acht Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens einschließlich der drei Staaten, in denen 1999 die meisten europäischen Patente wirksam wurden, in Kraft.
- (2) Jede Ratifikation oder jeder Beitritt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird am ersten Tag des vierten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde wirksam.

#### Artikel 7

##### Geltungsdauer des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

#### Artikel 8

##### Kündigung

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann es jederzeit kündigen, nachdem es drei Jahre in Kraft war. Die Kündigung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland



notifiziert. Sie wird ein Jahr nach dem Tag der Notifikation wirksam. Vor dem Wirksamwerden der Kündigung erworbene Rechte werden davon nicht berührt.

#### **Artikel 9** **Anwendungsbereich**

Dieses Übereinkommen gilt für europäische Patente, für die der Hinweis auf die Erteilung nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden ist.

#### **Artikel 10** **Sprachen des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

#### **Artikel 11** **Übermittlungen und Notifikationen**

- (1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt beglaubigte Abschriften des Übereinkommens her und übermittelt sie den Regierungen aller anderen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.
- (2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert den in Absatz 1 genannten Regierungen

- a) jede Unterzeichnung,
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde,
- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens,
- d) jede Kündigung nach Artikel 8 und den Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lässt dieses Übereinkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu ernannten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben.

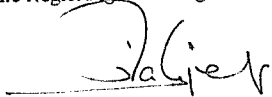
Geschehen zu London am 17. Oktober 2000 in einer Urschrift in deutscher, englischer, und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Republik Österreich.

Für die Regierung des Königreichs Belgien:

Für die Regierung der Republik Zypern:

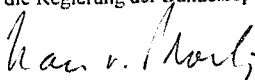

Für die Regierung des Königreichs Dänemark



Für die Regierung der Republik Finnland:

Für die Regierung der Französischen Republik:

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

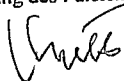
 

Für die Regierung der Griechischen Republik:

Für die Regierung Irlands:

Für die Regierung der Italienischen Republik:

Für die Regierung des Fürstentums Liechtenstein:

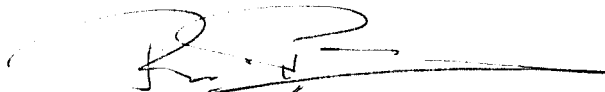
A handwritten signature in black ink, appearing to be 'V. Weiss', written in a cursive style.

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:

Für die Regierung des Fürstentums Monaco:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. Banch', written in a cursive style.

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:

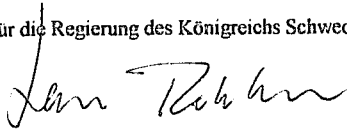
A long, horizontal handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. J. J.', written in a cursive style.

Für die Regierung des Königreichs Norwegens:

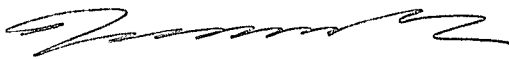
Für die Regierung der Portugiesischen Republik:

Für die Regierung des Königreichs Spanien:

Für die Regierung des Königreichs Schwede

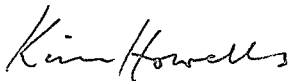


Für die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft:



Für die Regierung der Republik Türkei:

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien  
und Nordirland:



**Agreement  
on the application of Article 65 of the Convention on  
the Grant of European Patents**

The States parties to this Agreement,

IN THEIR CAPACITY as Contracting States to the Convention on the Grant of European Patents (European Patent Convention) of 5 October 1973,

REAFFIRMING their desire to strengthen co-operation between the States of Europe in respect of the protection of inventions,

HAVING REGARD to Article 65 of the European Patent Convention,

RECOGNISING the importance of the objective to reduce the costs relating to the translation of European patents,

STRESSING the need for widespread adherence to that objective,

DETERMINED to contribute effectively to such cost reduction,

HAVE AGREED ON THE FOLLOWING PROVISIONS:

**Article 1**

**Dispensation with translation requirements**

- (1) Any State party to this Agreement having an official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.
- (2) Any State party to this Agreement having no official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention, if the European patent has been granted in the official language of the European Patent Office

prescribed by that State, or translated into that language and supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(3) The States referred to in paragraph 2 shall continue to have the right to require that a translation of the claims into one of their official languages be supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(4) Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to dispense with any translation requirement or to apply more liberal translation requirements than those referred to in paragraphs 2 and 3.

#### Article 2

##### Translations in case of dispute

Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to prescribe that, in the case of a dispute relating to a European patent, the patent proprietor, at his own expense,

- (a) shall supply, at the request of an alleged infringer, a full translation into an official language of the State in which the alleged infringement took place,
- (b) shall supply, at the request of the competent court or quasi judicial authority in the course of legal proceedings, a full translation into an official language of the State concerned.

#### Article 3

##### Signature - Ratification

(1) This Agreement shall be open for signature by any Contracting State to the European Patent Convention until 30 June 2001.

(2) This Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany

**Article 4**  
**Accession**

This Agreement shall, on expiry of the term for signature mentioned in Article 3, paragraph 1, be open to accession by any Contracting State to the European Patent Convention and any State which is entitled to accede to that Convention. Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

**Article 5**  
**Prohibition of reservations**

No State party to this Agreement may make reservations thereto.

**Article 6**  
**Entry into force**

- (1) This Agreement shall enter into force on the first day of the fourth month after the deposit of the last instrument of ratification or accession by eight Contracting States to the European Patent Convention, including the three States in which the most European patents took effect in 1999.
- (2) Any ratification or accession after the entry into force of this Agreement shall take effect on the first day of the fourth month after the deposit of the instrument of ratification or accession.

**Article 7**  
**Duration of the Agreement**

This Agreement shall be concluded for an unlimited duration.

**Article 8**  
**Denunciation**

Any State party to this Agreement may denounce it at any time, once it has been in force for three years. Notification of denunciation shall be given to the Government of the Federal Republic of Germany. The denunciation shall take effect one year after the date of

receipt of such notification. No rights acquired pursuant to this Agreement before the denunciation took effect shall thereby be impaired.

#### Article 9

##### Scope

This Agreement shall apply to European patents in respect of which the mention of grant was published in the European Patent Bulletin after the Agreement entered into force for the State concerned.

#### Article 10

##### Languages of the Agreement

This Agreement, drawn up in a single original in the English, French and German languages shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, the three texts being equally authentic.

#### Article 11

##### Transmissions and notifications

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall draw up certified true copies of this Agreement and shall transmit them to the Governments of all signatory or acceding States.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify to the Governments of the States referred to in paragraph 1:

- (a) any signature;
- (b) the deposit of any instrument of ratification or accession;
- (c) the date of entry into force of this Agreement;
- (d) any denunciation received pursuant to Article 8 and the date on which it will take effect



(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries authorised thereto, having presented their Full Powers, found to be in good and due form, have signed this Agreement.

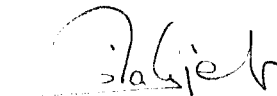
Done at London on 17 October 2000, in one original, in English, French and German, each text being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

For the Government of the Kingdom of Belgium:

For the Government of the Republic of Cyprus:

For the Government of the Kingdom of Denmark:



For the Government of the Republic of Finland:

For the Government of the French Republic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

*Klaus v. Moltke*      *Hans Christ*

For the Government of the Hellenic Republic:

For the Government of Ireland:

For the Government of the Italian Republic:

For the Government of the Principality of Liechtenstein:

*Grueth*

For the Government of the Grand Duchy of Luxembourg:

For the Government of the Principality of Monaco:

*Blanch*

For the Government of the Kingdom of the Netherlands:

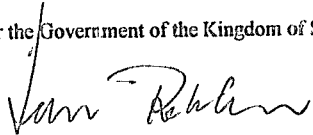
*[Signature]*

For the Government of the Kingdom of Norway:

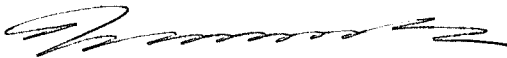
For the Government of the Portuguese Republic:

For the Government of the Kingdom of Spain:

For the Government of the Kingdom of Sweden:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Jan Rahn".

For the Government of the Swiss Confederation:

A handwritten signature in cursive script, which is highly stylized and difficult to decipher.

For the Government of the Republic of Turkey:

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Kim Howells".

**Accord**  
**sur l'application de l'article 65 de la**  
**Convention sur la délivrance de brevets européens**

Les Etats parties au présent accord,

EN LEUR QUALITE d'Etats parties à la Convention sur la délivrance de brevets européens  
(Convention sur le brevet européen) du 5 octobre 1973 ;

REAFFIRMANT leur désir de renforcer la coopération entre les Etats européens dans le  
domaine de la protection des inventions ;

VU l'article 65 de la Convention sur le brevet européen ;

RECONNAISSANT l'importance de l'objectif visant à réduire les coûts liés à la traduction des  
brevets européens ;

SOULIGNANT la nécessité d'une large adhésion à cet objectif ;

DETERMINEES à contribuer efficacement à une telle réduction des coûts ;

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES :

**Article premier**

**Renonciation aux exigences en matière de traduction**

- (1) Tout Etat partie au présent accord ayant une langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.
- (2) Tout Etat partie au présent accord n'ayant aucune langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen, si le brevet européen a été délivré dans la langue officielle de l'Office européen des brevets prescrite par cet Etat, ou traduit dans cette langue et fourni dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(3) Les Etats visés au paragraphe 2 conservent le droit d'exiger qu'une traduction des revendications dans une de leurs langues officielles soit fournie dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(4) Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de renoncer à toute exigence en matière de traduction ou d'appliquer en matière de traduction des règles moins contraignantes que celles visées aux paragraphes 2 et 3.

#### Article 2

##### Traductions en cas de litige

Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de prescrire que, en cas de litige relatif à un brevet européen, le titulaire du brevet fournit, à ses frais,

- a) à la demande du prétendu contrefacteur, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat où la contrefaçon alléguée du brevet a eu lieu,
- b) à la demande de la juridiction compétente ou d'une autorité quasi-judictionnelle dans le cadre d'une procédure, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat concerné.

#### Article 3

##### Signature - Ratification

(1) Le présent accord est ouvert jusqu'au 30 juin 2001 à la signature de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen

(2) Le présent accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

#### Article 4

##### Adhésion

Après l'expiration du délai de signature mentionné à l'article 3, paragraphe 1, le présent accord est ouvert à l'adhésion de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen et de

tout Etat habilité à adhérer à ladite Convention. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

#### **Article 5**

##### **Interdiction des réserves**

Aucun Etat partie au présent accord ne peut faire de réserves à son égard.

#### **Article 6**

##### **Entrée en vigueur**

(1) Le présent accord entre en vigueur le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt du dernier des instruments de ratification ou d'adhésion de huit Etats parties à la Convention sur le brevet européen, dont les trois Etats dans lesquels le plus grand nombre de brevets européens a pris effet en 1999.

(2) Toute ratification ou adhésion postérieure à l'entrée en vigueur du présent accord prend effet le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

#### **Article 7**

##### **Durée de l'accord**

Le présent accord est conclu sans limitation de durée.

#### **Article 8**

##### **Dénonciation**

Tout Etat partie au présent accord peut à tout moment le dénoncer, dès lors que ce dernier a été en vigueur pendant trois ans. La dénonciation est notifiée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Elle prend effet à l'expiration du délai d'une année à compter de la date de réception de cette notification. En ce cas, il n'est pas porté atteinte aux droits acquis antérieurement à la prise d'effet de cette dénonciation.

**Article 9**  
**Champ d'application**

Le présent accord s'applique aux brevets européens pour lesquels la mention de la délivrance a été publiée dans le Bulletin européen des brevets, après que l'accord est entré en vigueur pour l'Etat concerné.

**Article 10**  
**Langues de l'accord**

Le présent accord est rédigé en un exemplaire en langues allemande, anglaise et française, qui est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les trois textes faisant également foi.

**Article 11**  
**Transmissions et notifications**

- (1) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne établit des copies certifiées conformes du présent accord et les transmet aux gouvernements des Etats signataires ou adhérents.
- (2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie aux gouvernements des Etats visés au paragraphe 1 :
  - a) les signatures ;
  - b) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion ;
  - c) la date d'entrée en vigueur du présent accord ;
  - d) toute dénonciation reçue en application de l'article 8 et la date à laquelle celle-ci prend effet.
- (3) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer le présent accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires désignés à cette fin, après avoir présenté leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord.

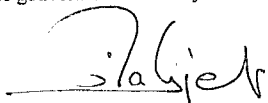
Fait à Londres le dix-sept octobre deux mille en un exemplaire original, en allemand, anglais, et français, tous les textes faisant également foi.

Pour le gouvernement de la République d'Autriche:

Pour le gouvernement du Royaume de Belgique:

Pour le gouvernement de la République de Chypre

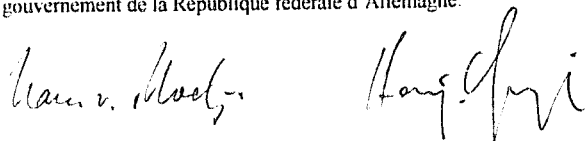
Pour le gouvernement du Royaume de Danemark:



Pour le gouvernement de la République de Finlande:

Pour le gouvernement de la République française:

Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:



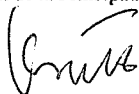


Pour le gouvernement de la République hellénique:

Pour le gouvernement d'Irlande:

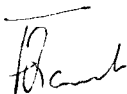
Pour le gouvernement de la République italienne:

Pour le gouvernement de la Principauté de Liechtenstein:



Pour le gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:

Pour le gouvernement de la Principauté de Monaco:



Pour le gouvernement du Royaume des Pays-Bas:

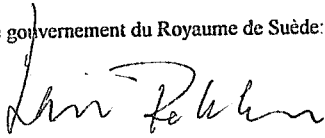


Pour le gouvernement du Royaume de Norvège:

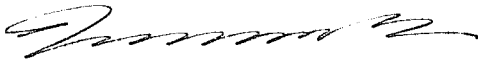
Pour le gouvernement de la République portugaise:

Pour le gouvernement du Royaume d'Espagne:

Pour le gouvernement du Royaume de Suède:



Pour le gouvernement de la Confédération suisse:



Pour le gouvernement de la République turque:

Pour le gouvernement du Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord:

